

# Agrarfakten-Extra zum Klimaschutzplan 2050

## Nachhaltige Landwirtschaft

Stellungnahme zum Klimaschutzplan KSP-L-13

### "Förderung einer nachhaltigen, regionalen und ökologischen Landwirtschaft"

GERHARD BREITSCHUH, MARTIN KÖRSCHENS UND HANS ECKERT

redaktionell bearbeitet: 15. März 2016

Die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft ist grundsätzlich zu unterstützen. Die Empfehlung im KSP-L-13 versteht allerdings unter dem Begriff "nachhaltig, regional und ökologisch" ausschließlich den Öko-Landbau. Zu fördern sind aber grundsätzlich alle Betriebe, die sich anhand objektiver Prüfverfahren kontrollfähig als nachhaltig d.h. als umwelt-, wirtschafts- und sozialverträglich erweisen. Die einseitige Fokussierung auf den Öko-Landbau ist nicht zielführend.

Die begriffliche Konfusion in der Beschreibung der Maßnahmen (intensiv, industriell, nachhaltig, ökologisch, konventionell), die nicht definiert werden, trägt dazu bei, dass die Empfehlungen weder nachvollziehbar noch substantiell diskutabel sind. Dennoch wird nachfolgend zu einigen Aussagen des KSP-L-13 Stellung bezogen.

Behauptet bzw. gefordert wird (Zitate):	Fakt ist:
„Für eine nachhaltige hohe Lebensqualität auch künftiger Generationen ist die Förderung einer regionalen und ökologischen Landwirtschaft entscheidend“	Die BRUNDTLAND-Definition der "Nachhaltigen Landwirtschaft" schließt die betriebswirtschaftliche, die agrar-soziale und die ökologische Komponente zwingend ein (Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit). Folglich ist eine nachhaltige Landwirtschaft per definitionem immer eine wirtschafts-, sozial- und umweltverträgliche (ökologische) Landwirtschaft. Die Reduzierung auf "regional und ökologisch" ist deshalb nicht ausreichend.
„Die intensive Landwirtschaft (und deren Folgeschäden) haben einen schädlichen Einfluss auf die Umwelt und die Gesundheit.“	Die moderne Landwirtschaft ist in der Lage, 10 Mrd. Menschen weltweit mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu ernähren. Dies kann der Öko-Landbau nicht leisten. Deshalb sind Verallgemeinerungen wie "der Öko-Landbau sei nachhaltig" und die "intensive Landwirtschaft umweltbelastend und gesundheitsschädlich" ohne Beweisführung wissenschaftlich als unhaltbar, unverantwortlich und nicht statthaft abzulehnen. Es gibt keine Rechtfertigung, eine nachweisbar umweltverträgliche Landwirtschaft auf hohem Produktivitätsniveau zu stigmatisieren und als "schädlich für Umwelt und Gesundheit" zu bezeichnen. Es gibt über alle Produktivitätsstufen hinweg - vom extensiven Öko-Landbau bis zur hochproduktiven Landwirtschaft – umweltverträgliche Betriebe. Wesentlicher als die Bezeichnung der Wirtschaftsweise ist die fachliche Kompetenz des Betriebsleiters. Diese entscheidet, ob ein Betrieb umweltverträglich wirtschaftet oder nicht. ( <a href="http://www.agrarfakten.de/Umweltvertraeglichkeit">www.agrarfakten.de/Umweltvertraeglichkeit</a> )

<p>„Die Bundesregierung soll die Rahmenbedingungen schaffen und auf allen Ebenen (EU) die ökologische und regionale Landwirtschaft strukturieren und langfristig gezielt fördern.“</p>	<p>Es ist eine begriffliche Klärung erforderlich, ob mit "ökologischer und regionaler Landwirtschaft" nur der Öko-Landbau oder generell eine "umweltverträgliche Landwirtschaft" unterschiedlicher Intensität gemeint ist (<a href="http://www.agrarfakten.de/Umweltvertraeglichkeit">www.agrarfakten.de/Umweltverträglichkeit</a>).</p> <p>Zielführender erscheint somit die Bezeichnung „nachhaltig und regional“ zu sein. Darunter sind Betriebe zu verstehen sind, die sich unabhängig vom Produktivitätsniveau anhand kontrollfähiger Kriterien als nachhaltig erwiesen haben.</p> <p>Die einheitliche Förderung einer flächendeckend umweltverträglichen Landwirtschaft verlangt klare Definitionen, die Parametrisierung von Umweltverträglichkeit und entsprechende Analyse- und Bewertungsverfahren.</p>
<p>„Die Bundesregierung soll eine Subventionsumverteilung von der industriellen Landwirtschaft an regionale, ökologische und nachhaltig geführte Betriebe veranlassen“</p>	<p>Auch hier fehlt die begriffliche Klarheit. Abgesehen von der fehlenden Definition "industrielle Landwirtschaft" bleibt zu fragen, ob ein "regionaler, ökologischer und nachhaltiger Betrieb" und ein "nachhaltiger Betrieb" als Einheit von Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsverträglichkeit gleichermaßen förderfähig wäre.</p> <p>Es bedarf grundsätzlich keiner Subventionsumverteilung, um eine flächendeckend umweltverträgliche Landwirtschaft zu erreichen, sondern lediglich die Einführung objektiver Prüfverfahren.</p>
<p>Unter Bezug auf Arbeiten des Thünen-Instituts und der Technischen Universität München "...liegen die THG-Emissionen pro Hektar im Ökolandbau 50 % unter den THG-Emissionen der konventionellen Betriebe und pro GJ-Produkt liegen die THG rund 10 % unter denen der konventionellen Produktion“.</p>	<p>Der Flächenbezug (kg CO<sub>2</sub>-Äq/ha) ist zur Beurteilung der Treibhausgas(THG)-Emission keine relevante Größe. Ausschlaggebend ist die spezifische Emission (kg CO<sub>2</sub>-Äq.<sup>*)</sup>/Gigajoule(GJ) Produkt). Dabei ist das Lachgas (N<sub>2</sub>O) ein kritischer Faktor, das sowohl bei der Nitrifikation (Ammoniak(NH<sub>4</sub>) --&gt; Nitrat(NO<sub>3</sub>) als auch bei der Denitrifikation (NO<sub>3</sub> -&gt; N<sub>2</sub>) gebildet wird und durch den hohen Klimafaktor von 310 (CO<sub>2</sub>=1) die THG-Emission entscheidend beeinflusst. <sup>*)</sup> CO<sub>2</sub>-Äquivalente (CO<sub>2</sub>-Äq) = kg THG * GWP-Faktoren für CO<sub>2</sub>= 1, Methan = 21 und Lachgas 310.</p> <p>Ein hochproduktiver Betrieb, der umweltverträglich wirtschaftet (z.B. Stickstoff(N)-Saldo &lt; 50 kg/ha), erreicht eine deutlich geringere spezifische THG-Emissionen (kg THG-Äq./GJ Produkt) und ist diesbezüglich einem Öko-Betrieb entscheidend überlegen.</p> <p>Die hohen Schwankungen und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen werden rückhaltlos bestätigt. Der entscheidende Faktor ist das betriebliche Management. Hier kann man aber nur zielgerichtet ansetzen, wenn durch geeignete Verfahren (<a href="http://www.agrarfakten.de/Umweltvertraeglichkeit">www.agrarfakten.de/Umweltverträglichkeit</a>) entsprechende Mängel aufgezeigt und behoben werden.</p>

<p>"Die Bundesregierung muss die industrielle Landwirtschaft mit Abgaben und Steuern belasten, um mit diesen Einnahmen den Umbau auf Ökolandbau zu finanzieren (z.B. Pflanzenschutzabgabe, Stickstoffsteuer....)"</p>	<p>Der Begriff "industrielle Landwirtschaft" bedarf der Definition und der Parametrisierung. Jede zusätzliche Besteuerung landwirtschaftlicher Betriebe bedeutet erhöhte Kosten und damit neuen Wettbewerbsdruck. Letztlich beschleunigt jegliche Besteuerung den Strukturwandel in der Landwirtschaft und erhöht den Druck, höhere Erträge und Leistungen anzustreben.</p> <p>Die Besteuerung von Betrieben, deren Nährstoffsalden standortspezifische Toleranzbereiche nicht übersteigen, wird grundsätzlich abgelehnt.</p>
---	---

Etwa 30 % der bundesweit analysierten Agrarbetriebe wirtschaften - gemessen an den KUL-Maßstäben ([www.agrarfakten.de/Umweltverträglichkeit](http://www.agrarfakten.de/Umweltverträglichkeit)) - und unabhängig von der Produktivität nachweisbar umweltverträglich. Weitere 50 % der Betriebe können nach Kenntnis aufgezeigter Mängel mit Hilfe der regionalen Beratung die KUL-Ansprüche an Umweltverträglichkeit kurzfristig erfüllen. Etwa 20 % der Betriebe müssen strukturelle Veränderungen (z.B. Abbau überhöhter Tierbesatzdichten) vornehmen, um diese Ansprüche erfüllen zu können. Agrar- und Umweltpolitik sind gehalten,

- die bereits umweltverträglich wirtschaftenden Betriebe als umweltverträglich anzuerkennen und zu fördern (z.B. Freistellung von bürokratischen Nachweispflichten im Rahmen der Düngeverordnung und Anerkennung als Screening-Maßnahme für die EU-Förderung)
- den Verbesserungsprozess der zweiten Betriebsgruppe zu unterstützen und
- die dritte Gruppe zu den erforderlichen Veränderungen (verstärkte Beratung) zu veranlassen.

Das fördert die Umsetzung einer flächendeckend umweltverträglichen Landwirtschaft in Deutschland. Dagegen ist die Zweiteilung des Agrarsektors in einen "ökologisch regionalen und nachhaltigen" Teil und in einen "industriellen" Teil kontraproduktiv und wird als undifferenziert und unwissenschaftlich abgelehnt.